

# Time Bomb Climate Change

## What Role for Ecotaxes?

26. November 2018



© Lisa Zalud

Herausgeber:  
Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)  
Möllwaldplatz 5/3, 1040 Vienna, [www.vidc.org](http://www.vidc.org)

Verfasser: Henrik Feindt  
Redaktion: Martina Neuwirth  
Copyright Fotos: Lisa Zalud

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.  
Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus-Kampagnen.  
Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer\*innen und Besucher\*innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

# Bericht

Klimaschutz und Armutsreduktion – wie passt das zusammen? Dass soziale und ökologische Ziele zwar ökonomisch und politisch einige Reibungspunkte haben, aber oft sogar sehr positiv aufeinander wirken können, zeigt die Studie „A Climate of Fairness. Environmental Taxation and Tax Justice in Developing Countries“, die bei dieser Veranstaltung vorgestellt wurde. Wie dies gerade in Ländern des globalen Südens funktionieren könnte und insbesondere welche Bedingungen es dazu bräuchte, wurde differenziert diskutiert.

**Sigrid Stagl**, Leiterin des Instituts für ökologische Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien, begrüßte zunächst die Anwesenden. An ihrer Universität sei es für Studierende aller Studienrichtungen verpflichtend, zwei Kurse zu zukunftsfähigem Wirtschaften zu absolvieren. Dies sei ein wichtiger Anfang, um Fragestellungen rund um den Klimawandel stärker in der universitären Ausbildung zu verankern. Dabei sei es wichtig, die sozialen, ökonomischen und biophysischen Dimensionen aktueller gesellschaftlicher Fragestellungen zusammen zu denken.



Die Moderatorin des Abends, **Martina Neuwirth** (VIDC), wies darauf hin, dass insbesondere die Menschen in Entwicklungsländern, allen voran Frauen und Kinder, vom Klimawandel betroffen



sein. Die Lösung entsprechender Probleme bräuchte schlicht Geld. Staatliche Einnahmen in Form von Steuern seien daher ein zentrales Instrument. Und dies sei dann auch der Kontext, in dem die Studie „A Climate of Fairness“ zu sehen sei. Zudem fände die Veranstaltung kurz vor der zwischen 2. und 14. Dezember anberaumten UN-Klimakonferenz in Katowice statt. Gleichzeitig gebe es in Frankreich

Proteste gegen Diesel- und Benzinsteuern. Hier würde deutlich, wie schwierig die Balance zwischen Umweltschutz und potentieller Erhöhung von sozialer Ungleichheit sein könne. In aktuellen Diskussionen würden Klimafinanzierung und Steuergerechtigkeit aber oft parallel geführt. Die vorliegende Studie versuche nun, die beiden Bereiche enger miteinander zu verknüpfen und zusammen zu denken.

**Tatiana Falcão** ist Steuerexpertin am European University Institute in Italien. Sie gab zunächst einen allgemeinen Überblick über das internationale Umweltrechtsregime. Es gebe hierbei drei zentrale Verträge: die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992, das Kyoto Protokoll von 1997 und das Klimaabkommen von Paris von 2015. Die Klimarahmenkonvention hätte nur verpflichtende Maßnahmen für ‚entwickelte‘ Staaten vorgesehen. Das Kyotoprotokoll hätte dann den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel begründet. Dieser Zertifikatehandel habe sich jedoch als wenig effektiv erwiesen. Daher hätte das Klimaabkommen von Paris wieder einen breiteren Weg

mit vielfältigeren Instrumenten eingeschlagen. Im Gegensatz zur Klimarahmenkonvention hätten sich im Pariser Abkommen außerdem alle Länder dazu verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Treibhausgase zu reduzieren.

Ganz grundlegend müsse zunächst eine Unterscheidung gemacht werden zwischen einer Umweltsteuer und einer umweltbezogenen Steuer. Die vorliegende Studie definiere eine Umweltsteuer so, dass sie sowohl selbst ein Umweltziel als auch eine Auswirkung auf die Umwelt habe und direkt auf einen die Umwelt schädigenden Verursacher angewendet würde. Das beste Beispiel für eine Umweltsteuer sei eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Der Effekt einer solchen Steuer sei, dass die Konsument\*innen das Produkt wählen würden, das die geringste Menge an CO<sub>2</sub> in der Produktion verbrauche, da sein Preis entsprechend weniger Steuern beinhalten würde, also niedriger wäre. Umweltbezogene Steuern hingegen wären solche, die zwar ein umweltbezogenes Ziel und einen entsprechenden Effekt hätten, aber nicht auf einen die Umwelt schädigenden Gegenstand direkt angewendet würden. Transportsteuern seien ein gutes Beispiel. Würde beispielsweise ein



größeres, verbrauchsintensiveres Auto höher besteuert, habe dies indirekt einen positiven Effekt auf die Umwelt. Eine solche Unterscheidung sei vor allem deswegen wichtig, weil dadurch besser verstanden werden könne, inwiefern eine bestimmte Steuer zur Erfüllung der Ziele des Pariser Klimaabkommens beitragen würden.

Wie könne nun also die Implementierung einer Umweltsteuer ablaufen? Was müsse hier berücksichtigt werden? Neben allgemeinen Prinzipien des Steuerwesens müsse hier insbesondere auch bedacht werden, wie die Effekte einer solchen Steuer auf verschiedene Gruppen in der Bevölkerung sein könnten. Fragen sozialer Gerechtigkeit, etwa von Gendergerechtigkeit, müsste durch begleitende Maßnahmen Rechnung getragen werden, damit nicht Umwelt- gegen soziale Fragen ausgespielt würden.

Erhoben werden könne die Steuer entweder am Beginn der Wertschöpfungskette („upstream“, also etwa direkt bei der Ölförderung) oder im Verlauf der Produktion bzw. beim Verbraucher/bei der Verbraucherin („downstream“, also etwa nach dem Raffinieren). Je näher an der Quelle („upstream“), desto einfacher und effektiver sei die Besteuerung. Daran anschließen würde sich die Frage, ob die Steuereinnahmen in das allgemeine staatliche Budget einfließen oder für spezielle Verwendungszwecke reserviert werden sollten. Dies sei von Land zu Land an die spezifischen rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Idealerweise sollte zumindest ein Teil der Einnahmen direkt in umweltbezogene Maßnahmen investiert werden. Dies könne etwa ‚Versicherungen‘ gegen extreme Wetterereignisse beinhalten.

Die Höhe der Steuer müsse dabei dem Entwicklungsniveau des jeweiligen Landes adäquat sein. Dies gelte vor allem zum Zeitpunkt der Einführung der Steuer; Erhöhungen im weiteren Zeitverlauf seien durchaus denkbar und wünschenswert. Der tatsächliche Erfolg einer CO<sub>2</sub>-Steuer würde sich paradoxerweise an ihrem Unvermögen messen lassen, weitere Steuereinnahmen zu generieren. Wenn nämlich Wirtschaftsakteur\*innen CO<sub>2</sub>-intensive Produkte meiden, würde auch keine entsprechende Steuer fällig. Dies sei aktuell bereits ein Problem für Finnland. In Finnland würden

die Einnahmen aus der bereits vor fast 20 Jahren eingeführten CO<sub>2</sub>-Steuer sinken. Daher habe sich der Staat genötigt gesehen, eine Kompensationssteuer zu erheben, um die schrumpfenden Einnahmen auszugleichen.

**Jacqueline Cottrell**, umweltpolitische Beraterin, schilderte daraufhin die Schwierigkeiten, mit denen sich Staaten bei der konkreten Einführung von Umweltsteuern konfrontiert sehen würden. Dies führe dazu, dass bei der konkreten Ausformung solcher Steuern Kompromisse eingegangen werden müssten. So würde in Entwicklungsländern paradoxerweise viel dafür



sprechen, die Verwendung von Umwelt-steuern nicht dem Umweltministerium zu überantworten, da dieses in der interministerialen Hierarchie meist wenig einflussreich sei. Stattdessen könne, wie in Indien, die Verwaltung der Steuergelder einem unabhängigen Fond übergeben werden. In ähnlicher Weise würde eine pragmatischere Perspektive auf solche Steuern etwa dazu verleiten, nicht alle Einnahmen Umweltzwecken zu widmen, da die Einnahmen oft so hoch sein könnten, dass dies zu einem budgetpolitischen Ungleichgewicht führen könnte.

Bei Debatten über das Abwägen zwischen umwelt- und sozialen Zielen müsse generell berücksichtigt werden, dass etwa eine Eindämmung des Klimawandels besonders für ärmere Bevölkerungsschichten massive positive Auswirkungen habe, da diese oft überproportional stark von natürlichen Ressourcen abhängig seien. Darüber hinaus verwies Cottrell darauf, dass die oberen zehn Prozent aller weltweiten CO<sub>2</sub>-Verbraucher\*innen 45% der Emissionen verursachen würden. Diese seien gleichzeitig die reichsten zehn Prozent der globalen Bevölkerung. Umweltsteuern würden daher auf eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit antworten, da die Wohlhabendsten mit dem höchsten CO<sub>2</sub>-Verbrauch die höchsten Steuerbeiträge zu leisten hätten. Beispielsweise seien Transportsteuern in Ländern des globalen Südens oft Luxussteuern, da hier Autos noch ein Luxusgut darstellten.

In Fällen, in denen eine solche umverteilende Wirkung nicht gegeben sei, müsse über kompensierende Maßnahmen nachgedacht werden. Diese sollten begleitend zur Implementierung von Umweltsteuern eingesetzt werden. Bezüglich der unterschiedlichen Auswirkungen von Umweltsteuern auf Männer und Frauen wies Cottrell darauf hin, dass Energiesteuern eine negativere Auswirkung auf Frauen hätten als Transportsteuern, da Frauen mehr in den Haushalt investierten und Männer mehr in den Transport. Solche und ähnliche Hebel gelte es bei der Umsetzung entsprechender Steuerreformen zu berücksichtigen.

Außerdem gebe es auch verschiedene Synergien zwischen Umweltsteuern bzw. Umweltschutz und Strategien zur Reduzierung von Armut. Umweltsteuern seien auch für Länder des globalen Südens ein sehr effektives Instrument, um Steuereinnahmen zu generieren. Diese könnten dann zur Erfüllung der Ziele für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Auch würde die Verbesserung der Umweltsituation, etwa bei der Luftqualität, das Allgemeinwohl steigern.

Diese generellen Überlegungen illustrierte Cottrell dann anhand des Fallbeispiels Marokko (die Studie beschäftige sich zusätzlich auch noch mit China, Mexiko und Vietnam). Die Plastiksteuer in

Marokko wurde bei ihrer Einführung im Jahr 2015 auf 1,5 % für importierte und marokkanische Plastikprodukte festgesetzt. Später sei die Höhe auf 1 % reduziert, gleichzeitig aber auf mehr Arten von Plastik ausgeweitet worden. Die Plastiksteuer habe im Allgemeinen keine negativen Auswirkungen auf Haushalte gehabt. Jedoch habe sie, mit den durch sie finanzierten sozialen Maßnahmen, dazu beigetragen, Müllsammler\*innen in den formalen Sektor zu bringen, wo sicherere und hygienischere Arbeitsbedingungen vorherrschen würden. Auch in weiteren Fallbeispielen, auf die die Studie detaillierter eingehe, würde sich zeigen, dass die sozialen Auswirkungen entweder positiv oder in geringem Umfang negativ ausgefallen wären.

Die Studie stelle außerdem einige Überlegungen an, wie es vom Status quo aus weitergehen könne. Zum Erreichen sowohl des 1,5°C Ziels als auch des 2°C Ziels bei der Eindämmung des Klimawandels sei es grundsätzlich notwendig, signifikante Mengen fossiler Brennstoffe im Boden zu belassen. Gleichzeitig machten diese Brennstoffe aber circa neun Prozent der regionalen ökonomischen Ressourcen von Subsahara-Afrika aus. Die Studie schlage daher unter anderem ein Szenario vor, bei dem einkommensstarke Länder einkommensschwache Länder dafür bezahlen würden, fossile Brennstoffe gar nicht erst zu fördern.

Tatiana Falcão fügte noch hinzu, dass ein grundlegender Einwand gegen die Einführung von Umwelt-steuern sei, dass die internationale Marktposition derjenigen geschwächt werden würde, die eine solche Steuer einführen würden, gegenüber denjenigen, die dies nicht täten. Eine mögliche Antwort darauf sei eine CO<sub>2</sub>-„Grenzsteuer“ („Border Tax“). Diese Steuer sollte bei der Einfuhr von Waren erhoben werden, würde aber bei einer möglichen Wiederausfuhr, etwa von weiter verarbeiteten Produkten, wieder zurückerstattet werden. Dies hätte den Effekt, dass nur der lokale Konsum besteuert würde, die Position im internationalen Wettbewerb jedoch davon nicht betroffen wäre. Gerade in Regionen wie der EU wären solche Maßnahmen potentiell sehr effektiv und effizient. Auf globaler Ebene sollte eine multilaterale CO<sub>2</sub>-Steuer von der UNO überwacht und in bestehendes internationales Umweltrecht integriert werden. Dies könne in Kooperation mit der WTO geschehen, um die Effekte auf den internationalen Handel zu überwachen, so Falcão.

**Margit Schratzenstaller-Altzinger**, Expertin für öffentliche Finanzen und stellvertretende Leiterin des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts, begrüßte Ausrichtung und Durchführung der vorgestellten Studie. Eine Übertragung von Erfahrungen und Konzepten des globalen Nordens in den globalen Süden sei nicht machbar oder wünschenswert, bemerkte sie



zunächst. So seien etwa die in der Wirtschaft eingesetzten Technologien auf einem anderen Niveau und so müsse auch die Frage, wie diese besteuert werden könnten, anders gestellt werden. Daher sei der Ansatz der Studie, Lösungen in Erfahrungen des globalen Südens selbst zu suchen, sehr produktiv (siehe das ausgewählte Fallbeispiel Marokkos oben). Auch über die vorliegende Studie hinaus wäre aber noch viel Forschung notwendig, um diese Probleme besser zu verstehen. Gerade weil die Steueraufkommen in Ländern des globalen Südens oft sehr niedrig seien, würden Umweltsteuern einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben liefern

können. Und weil in Ländern des globalen Südens das Erheben etwa von Einkommens- und Umsatzsteuern oft sehr schwierig sei, seien Umweltsteuern in ihrer relativen Einfachheit in der Erhebung vielversprechende fiskalische Instrumente. Gleichzeitig würde eine Erhöhung der Preise für CO<sub>2</sub>-intensive Produkte im globalen Süden auch den Ländern des globalen Nordens zugutekommen. Denn Klimaprobleme seien nicht nur ein globales Phänomen. Eine Besteuerung im globalen Süden, oft gleichbedeutend mit einer Quellenbesteuerung, sei viel effizienter.

Gerade in Ländern des globalen Südens, wo soziale Ungleichheiten oft noch stärker ausgeprägt seien, würden Umweltsteuern begleitende Maßnahmen besonders benötigen. Auch müsste darüber nachgedacht werden, nicht so sehr Ressourcenflüsse zu besteuern sondern ebenso die zugrundeliegende Infrastruktur. Der vorherrschende Fokus auf die Besteuerung von Gütern würde dies nicht erreichen, es müssten Anreize gesetzt werden, entsprechend umweltfreundliche Infrastrukturprojekte umzusetzen.

Von der EU würden Länder des globalen Südens aber dennoch etwas lernen können. Nämlich vor allem, wie schwierig es sei, eine politische Lösung dieser Fragen zu erreichen, gerade auch angesichts des Steuerwettbewerbs zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Erhöhungen einiger Umweltsteuern im EU-Raum würden auch zeigen, dass es sehr wichtig sei, das Instrument Umweltsteuer angemessen und transparent zu kommunizieren. Sonst würden solche Erhöhungen, wie es aktuell in der EU der Fall sei, lediglich als fiskalische Maßnahmen wahrgenommen und gegebenenfalls abgelehnt.

**Clement Okello Migai** von der Wirtschaftsuniversität Wien und vormals Mitarbeiter in der Steuerbehörde Kenias, berichtete über mögliche Perspektiven auf Umweltsteuern aus Ländern des globalen Südens. Zunächst hielt er fest, dass Umweltschutz keinen hohen politischen Stellenwert in diesen Ländern habe. Entsprechend würden sich Befürworter\*innen von Umweltsteuern gegen konkurrierende Prioritäten durchsetzen müssen. Wie in der Studie ausgeführt, könne etwa am Beispiel von Mauritius gesehen werden, dass Umweltsteuern zunächst aus rein fiskalischen Gründen eingeführt worden seien. Erst später wurden ökologische Aspekte in der Ausrichtung und Anpassung der Steuern berücksichtigt.



Es gebe auch andere staatliche Instrumente, bei denen Synergien aus Umweltschutz und Steuern entstehen würden. Kenia habe eine wichtige Gelegenheit verpasst, als aufgrund von fehlendem politischen Willen 2013 ein Gesetz zur verpflichtenden Installation von Solarpaneelen bei Neubauten nicht umgesetzt worden sei. In Bangladesch hätten ähnliche Maßnahmen zu Beschäftigungswachstum geführt, da solche Systeme installiert und instandgehalten werden müssten. Dies wiederum generiere etwa Sozialabgaben für die Angestellten sowie Unternehmenssteuern.

Aufgrund der regressiven Natur von Umweltsteuern, also der Benachteiligung einkommensschwacher Konsument\*innen, betonte auch Clement Migai die besondere Notwendigkeit von sozialen Ausgleichsmaßnahmen. Es müsse unbedingt vermieden werden, dass

Umweltsteuern Ungleichheit vergrößern. Und es müsse eine Antwort auf dieses Problem gefunden werden, bevor Umweltsteuern konkret vorgeschlagen würden. Gleichzeitig müsse bedacht werden, dass Steuern allgemein und Umweltsteuern im Besonderen oft von oben herab entwickelt und implementiert würden. Es sei sehr schwierig, hier breitere Partizipation zu ermöglichen. Dies mache Begleitmaßnahmen umso wichtiger, die dafür sorgen, dass sozial negative Effekte von Umweltsteuern aufgefangen werden und die vielfältigen Interessen der Bevölkerung gewahrt bleiben.

In Bezug auf den Vorschlag der Studie, Länder des globalen Südens dafür zu bezahlen, bestimmte fossile Ressourcen gar nicht erst zu fördern, merkte Clement Migai an, dass gerade in entscheidenden Ländern wie Nigeria oder Angola bis zu 70% der staatlichen Einnahmen aus genau solchen Förderungen kämen. Hier müsse es also eine signifikante Ressourcenmobilisierung seitens des globalen Nordens geben, wollte man entsprechende Ausfälle decken.

In der anschließenden **Diskussion mit dem Publikum** wurde zunächst diskutiert, was Umweltsteuern für den oft großen informellen Sektor in Ländern des globalen Südens bedeuten könnten. Auf diese Frage antwortete Tatiana Falcão, dass Umweltsteuern oft Konsumsteuern seien. Daher hätte die Informalität der Arbeitsverhältnisse relativ wenig Einfluss auf die



Steuererhebung. Umweltsteuern auf Treibstoffe etwa würden von allen, ob in-formell oder formell beschäftigt, bezahlt werden müssen. Aber genau dies mache Umweltsteuern auch so regressiv, gerade weil es so schwierig sei sie zu umgehen und auf umweltfreundliche Produkte auszuweichen. Umweltsteuern seien andererseits gerade für Staaten interessant, führte Falcão fort, die keine umfangreichen, effektiven Steuerbürokratien hätten. Denn die Anwendung von Umweltsteuern passiere quasi automatisch und es sei sehr einfach zu berechnen, wie viel Steuern anfallen, allein auf Basis des CO<sub>2</sub>-Gehalts eines Produkts. Zudem würden Umweltsteuern immer im eigenen Land anfallen, es bräuchte keine komplizierten Systeme, wie etwa bei Einkommenssteuern, um festzustellen, wo sie fällig werden würden.

Ein Zuhörer aus dem Publikum berichtete über hohe Transportsteuern in Italien und dass diese auch deshalb so hoch seien, weil sie eine schwer zu hintergehende Quelle für Steuereinnahmen für den Staat seien. Jacqueline Cottrell griff dies auf und wies darauf hin, dass insbesondere für Länder wie Indien und China Umweltsteuern deshalb ebenfalls sehr interessant seien. Aber auch aus einem weiteren Grund: Schwellenländer würden oft den Zugang zu Entwicklungsfinanzierung verlieren, der nur ärmeren Ländern offen stünde. Auch deshalb würden sie sich vermehrt Umweltsteuern als alternativer Einnahmequelle zuwenden.

Schratzenstaller-Altzinger antwortete auf eine Frage, was von den OECD Ländern möglicherweise gelernt werden könnte: Diese seien eher ein abschreckendes Beispiel. Wie der Fragende aus dem Publikum bereits geschildert habe, habe es hier viel Bewegung bezüglich Umweltsteuern gegeben – in den 90er Jahren. Über einige erfolgreiche Implementierungen in Skandinavien sei es nicht weit hinausgegangen. Dies liege schlicht am mangelnden politischen Willen in den OECD Ländern.



Während es in der EU seit Jahrzehnten keine wirkliche Motivation in Bezug auf Umweltsteuern gegeben habe, hätte sich dies durch den Brexit etwas geändert. Tatiana Falcão plauderte aus Brüssels Nähkästchen, dass es hier Überlegungen gebe, das bevorstehende Ausbleiben der Beiträge Großbritanniens durch CO<sub>2</sub>-Steuern zu kompensieren. Aber ob dies auch zur Umsetzung kommt sei schwierig abzusehen, da auf EU-Ebene dafür ein einstimmiger Beschluss aller Mitgliedstaaten notwendig wäre.

## **Zu den Personen**

**Jacqueline Cottrell** arbeitet als freiberufliche Konsultantin mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik für zahlreiche internationale Organisationen, wie die deutsche Entwicklungsagentur GIZ, das United Nations Office for Sustainable Development (UNOSD), das United Nations Institute for Training and Research sowie das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik DIE. Sie ist Senior Policy Advisor des deutschen Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft und Vizepräsidentin von Green Budget Europe. Jacqueline Cottrell gehört auch dem internationalen Programmkomitee der Global Conference on Environmental Taxation an. Ihre zahlreichen Publikationen zu Themen der Umweltökonomie umfassen Studien für UNOSD, die UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (UNESCAP) sowie GIZ und DIE. Jacqueline Cottrell hat an der University of Edinburgh sowie am Kings College London studiert und mit einem M.A. im Bereich International Peace and Security abgeschlossen.

**Tatiana Falcão** ist Policy Leader Fellow an der School of Transnational Governance, European University Institute in Florenz (Italien) sowie Visiting Professor an der Fundação Getúlio Vargas. Sie ist Mitglied des Unterausschusses für Umweltsteuern des UN-Steuerkomitees. Sie arbeitete als Konsultantin in Steuerfragen für den World Economic and Social Survey, als wirtschaftspolitische Beraterin für die Vereinten Nationen sowie für das UN-Steuerkomitee. Weiters publiziert sie regelmäßig über Steuerfragen in Schwellenländern für Tax Notes International und Valor Econômico. Tatiana Falcão studierte an der University of Cambridge und der New York University School of Law. Ihre Doktorarbeit schrieb sie am Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht an der WU Wien, in der sie ein multilaterales Abkommen für eine CO<sub>2</sub>-Steuer vorschlug.

**Clement Okello Migai** arbeitet seit 2016 als Teaching and Research Associate am Global Tax Policy Centre des Instituts für Österreichisches und Internationales Steuerrecht an der WU Wien. Davor arbeitete er für die kenianische Steuerbehörde, unter anderem für die Großbetriebsprüfung und das für die Besteuerung des Rohstoffsektors zuständige Büro des Generalkommissärs. 2017 erhielt er die Cedric Sandford Medal für das Paper De Jong/Migai/Owens, "The Sharing Economy: Turning Challenges Into Opportunities for Tax Administrations". Der Steuerrechtler studierte an der Moi University in Kenia sowie an der Robert Gordon University in Aberdeen, Schottland. Clement Okello Migai ist zertifizierter Wirtschaftsprüfer und Rechtsreferent in Kenia.

**Martina Neuwirth** arbeitet zu internationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik im Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC). Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit österreichischen, europäischen und internationalen Steuerpolitiken im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens.

**Margit Schratzenstaller-Altzinger** ist Referentin für öffentliche Finanzen und stellvertretende Leiterin des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität Wien und Expertin im Fiskalrat an der Oesterreichischen Nationalbank. Margit Schratzenstaller-Altzinger ist an dem EU-finanzierten Forschungsprojekt "Fair Tax" beteiligt, bei dem es u.a. um nachhaltigkeitsorientierte Mittel zur Finanzierung des EU-Budgets geht. Im Rahmen dieses Projekts arbeitete sie u.a. am Modell eines „Kohlenstoffausgleichs“ für den europäischen Emissionshandel, einer Nuklearsteuer und einer europäischen CO<sub>2</sub>-basierten Flugticketsteuer. Die Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlerin studierte an der Universität Gießen (Deutschland) und der University of Wisconsin (USA).

**Sigrid Stagl** ist Leiterin des Institute for Ecological Economics und stellvertretende Leiterin des Institute of Economics of Inequality an der WU Wien. Von 2009 bis 2012 war sie Präsidentin der European Society for Ecological Economics. Sie arbeitet unter anderem zu institutionellen Arrangements, zu nachhaltiger Arbeit und nachhaltigem Verhalten.